

# Tagesbericht

25. Juli 1953

Information Nr. 1024

## Quelle

BStU, MfS, AS 9/57, Bd. 3a, Bl. 70–79 (1. Expl.).

## Serie

Informationsdienst (Konstituierungsphase).

## Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

## Bemerkungen

Maschinenschriftliches Deckblatt mit Inhaltsverzeichnis a–b. – Die Berichtsnummer ist auf dem Deckblatt – im Unterschied zum Dokument – mit »24« angegeben.

## *Stimmung von Rückkehrern in das Gebiet der DDR*

Dem Ministerratsbeschluss vom 11.6.1953<sup>1</sup> folgend, kehrten in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zurück,

- am 18.7.1953 = 185 Rückkehrer, davon 28 aus Westdeutschland,
- am 19.7.1953 = 43 Rückkehrer, davon 1 aus Westdeutschland,
- am 20.7.1953 = 250 Rückkehrer, davon 26 aus Westdeutschland,
- am 21.7.1953 = 170 Rückkehrer, davon 29 aus Westdeutschland,
- am 22.7.1953 = 229 Rückkehrer, davon 40 aus Westdeutschland,
- am 23.7.1953 = 145 Rückkehrer, davon 18 aus Westdeutschland.

Demgegenüber haben das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik verlassen,

- am 18.7.1953 = 158 Personen,
- am 19.7.1953 = 41 Personen,
- am 20.7.1953 = 129 Personen,
- am 21.7.1953 = 220 Personen,
- am 22.7.1953 = 187 Personen,
- am 23.7.1953 = 223 Personen.

Trotz der sehr unregelmäßigen täglichen Zahl der Rückkehrer kann man einen langsamen, stetigen Anstieg erkennen. Gleichzeitig ist jedoch zu verzeichnen, dass man bei der Zahl der republikflüchtigen Personen auch einen langsamen Anstieg erkennen kann. In der Zeit vom 1.7.1953 bis 23.7.1953 sind 3 534 Rückkehrer zu verzeichnen. In der gleichen Zeit wurden 2 760 republikflüchtige Personen gemeldet.

Von den Rückkehrern wurden in der Zeit vom 18.7.1953 bis 23.7.1953 in Form einer zwanglosen und freundschaftlichen Unterhaltung insgesamt 58 Personen befragt über die Aufnahme des Ministerratsbeschlusses bei den Flüchtlingen in Westdeutschland und Westberlin sowie über ihre Aufnahme und Eindrücke bei ihrer Rückkehr in die DDR. Die befragten Personen setzen sich aus 28 Arbeitern, 21 Bauern, acht Geschäftsleuten und einem Intelligenzler zusammen.

Aufgrund der Angaben dieser Personen kann Folgendes berichtet werden:

1. *Aufnahme des Ministerratsbeschlusses bei den zurückgekehrten Personen sowie bei den Flüchtlingen in Westdeutschland und Westberlin*

Die Rückkehrer begrüßten alle den Beschluss des Ministerrates, da sie dadurch wieder in ihre Heimat zurückkehren können. Besonders erfreut sind die Bauern, da die meisten sehr an ihrem Hof hängen. Wie die Rückkehrer mitteilten, wurde der Ministerratsbeschluss bei einem großen Teil noch mit Misstrauen aufgenommen, da sie durch alle möglichen Propagandamethoden negativ beeinflusst werden. Teilweise ist auch der Ministerratsbeschluss in den Lagern noch nicht richtig bekannt und sie erhalten vereinzelt nur Mitteilung darüber von Verwandten, welche ihnen schreiben. Ein Teil der Flüchtlinge ist darüber erfreut, will jedoch erst von den bereits zurückgekehrten Flüchtlingen Nachricht erhalten wie sie aufgenommen wurden und ob sie alles zurückerhalten.

Der zurückgekehrte Großbauer [Name 1, Vorname], geb. am [Tag, Monat] 1902, wohnhaft in Schönstedt, Nr. [...], Bezirk Erfurt, erklärte hierzu: »Als ich mich durch einen Brief meiner Tochter mit dem Ministerratsbeschluss vertraut gemacht habe, kehrte ich sofort (22.7.1953) und ohne Bedenken in die DDR zurück. Ich begrüße den Ministerratsbeschluss und freue mich, dass ich meinen Hof wieder übernehmen kann.«

Frau [Vorname 1 Name 2], geb. am [Tag, Monat] 1893, nebst Tochter [Vorname 2 Name 2], wohnhaft: Spremberg, Bezirk Cottbus, Inhaberin des »Deutschen Theater« (Filmtheater) sagte: »Als ich von den Regierungsmaßnahmen in Westberlin gehört hatte, besorgte ich mir sofort eine Zeitung, in der die Maßnahmen inhaltlich festgehalten waren. Als ich den Inhalt aufgenommen hatte und sofort erkannte, dass die DDR die besten Vorschläge für die Republikflüchtigen unterbreitet hat und sie am nächsten Tag noch von ihrer Mutter aus Spremberg eine ähnliche Zeitung zugeschickt erhielt, fasste ich den Entschluss sofort in die DDR zurückzukommen.«

## *2. Stimmung der Flüchtlinge und Hemmungen bei ihrer Rückkehr*

Nach Angaben der Befragten ist besonders die Stimmung in den Flüchtlingslagern sehr schlecht. Sie glaubten, in Westberlin und Westdeutschland ein besseres Leben zu führen, wurden aber schwer enttäuscht. Im Allgemeinen sind die Flüchtlinge in Lagern zusammengefasst, wo jedoch die Unterkunft und Verpflegung sehr schlecht ist. So müssen sie mit mehreren Menschen in einen Raum wohnen und schlafen. Die Menschen bekommen keine oder nur schlechte Arbeit. Sie werden oft zu Pflichtarbeiten eingesetzt, welche nicht bezahlt wird [sic!], und erhalten nur ein sehr geringes oder überhaupt kein Taschengeld.

Die Hemmungen bestehen im Allgemeinen darin, dass sie den Beschlüssen noch nicht die richtige Durchführung glauben [sic!]. Sie nehmen an, dass sie, wenn sie die Grenze überschreiten, verhaftet und verurteilt werden wegen ihrer vergangenen Fehler. Sie schenken den westlichen Hetzsendern und den in Lagern auftretenden Agitatoren noch zuviel Glauben und verhalten sich noch abwartend. Auch haben sie oft keinen Personalausweis mehr, da man ihnen mitteilt, dass er vernichtet wurde, und glauben nicht in der DDR aufgenommen zu werden. Bei einem anderen Teil fehlt es am notwendigen Fahrgeld zur Rückkehr in die DDR.

Der Republikflüchtling [Name 3, Vorname], geb. am [Tag, Monat] 1914, wohnhaft in Wittstock Bez[irk] Potsdam, [Straße], äußerte: »Bis Januar 1953 war ich im Flüchtlingslager in Westberlin, Kuno-Fischer-Straße, untergebracht. Während dieser Zeit war ich ohne Arbeit und erhielt in der Zeit meines Lageraufenthaltes außer Verpflegung täglich 0,30 DM West. Im Januar 1953 wurde ich im Flugzeug nach Altstadt/Bayern gebracht, wo man ca. 1 200 Mann in einer Kaserne untergebracht hat. Hier war ich wieder ohne Arbeit und erhielt außer Verpflegung kein Geld. Im März 1953 kam ich nach Dortmund und [wir] wurden zu je 30 Mann in verschiedenen Gaststätten untergebracht. Dort hausen Frauen und Männer in einen Raum zusammen, lediglich durch Decken getrennt. Die Stimmung unter den Republikflüchtlingen ist sehr schlecht, da Unterkünfte schlecht sind und die Menschen keine Arbeit finden. So sind z. B. Republikflüchtlinge schon drei Jahre in Flüchtlingslagern, ohne dass sie einer Beschäftigung nachgehen.«

Der ehemalige Lehrling [Name 3, Vorname], geb. am [Tag, Monat] 1935, wohnhaft in Hohburg, Nr. [...], Bezirk Leipzig, äußerte hierzu: »Die Stimmung unter den Flüchtlingen ist nicht gut in Westdeutschland. Dies ist darin zu suchen, dass, wenn sie anfangs Arbeit erhalten in der Landwirtschaft oder im Bergbau, sie keinen Arbeitsplatzwechsel vornehmen können. Sie können nicht arbeitsmäßig in ihrem Beruf untergebracht werden und sind dann meist erwerbslos, wie es heute schon eine große Anzahl ist. Sie bringen zum Ausdruck, dass sie lieber wieder in der DDR wären.«

Der [Name 4, Vorname], geb. am [Tag, Monat] 1931, zuletzt wohnhaft in Berlin-Borsigwalde, [Straße, Nr.], sagte: »Ich war mit verschiedenen Flüchtlingen zusammen, die dem Aufruf des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl noch skeptisch gegenüberstehen, da ihnen in den Lagern erzählt wird, sie werden bei der Rückkehr verhaftet, bestraft und nach Sibirien verschleppt. Dieser Aufruf sei nur ein Menschenfang.«

## *3. Agitation und Maßnahmen von westlicher Seite aus, um eine Rückkehr zu verhindern*

Mithilfe von westlichen Stellen wird eine systematische Agitation unter den Flüchtlingen betrieben. Dazu werden sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel benutzt: Presse, Rundfunk, Agitatoren, Vorträge, Gerüchte usw. In einer westdeutschen Zeitung wurde mitgeteilt, dass vier Bauern beim Überschreiten der Demarkationslinie verhaftet und als Saboteure vor das Gericht gestellt wurden. Weiter führt man eine wüste Hetze gegen die DDR, wobei man von freien Wahlen spricht, dass dann doch sowieso die Einheit Deutschlands vom Westen aus zustande kommt und sie dann wieder zurückkönnen.

Im Allgemeinen versucht man den Flüchtlingen Angst gegenüber der DDR einzuflößen und sie dadurch abzuhalten, was auch zu einem Teil gelingt, da sie ständig unter der Einwirkung der westlichen Propaganda stehen. Zum Teil versuchen sie es auch mit großzügigen Versprechungen, indem man ihnen Siedlungen zuweist und hohe Kredite gewähren will. Man spricht vonseiten westlicher Organe mit den Personen, wo etwas laut wird, dass sie in die DDR zurückwollen.

Der Großbauer [Name 5, Vorname], ca. 55 Jahre alt, wohnhaft in Dalchau, Bezirk Magdeburg, äußerte sich: »Dass viele Bauern, die er getroffen hat in Homburg, wieder zurückkommen wollen, aber sie werden durch Organe Westdeutschlands zu sich bestellt, wenn Verlautbarungen über eine Rückkehr bekannt werden.« Er zeigte auch einen Ausschnitt aus einer westdeutschen Zeitung, worin geschrieben stand, dass vier Bauern, welche die Grenze überschreiten wollten, in Witzhausen<sup>2</sup> als Saboteure vor Gericht gestellt wurden. Er bat um schnelle Übergabe seiner Wirtschaft, damit er seine Familie nachkommen lassen kann sowie noch einige Bauern aus Homburg, welche auf Nachricht warten, wie der Beschluss durchgeführt wird.

Der Bauer [Name 6, Vorname], geb. am [Tag, Monat] 1895, wohnhaft in Hoppenrade, <sup>3</sup> Bezirk Potsdam, erklärte hierzu: »Im Flüchtlingslager in Westberlin wurde ständig die Propaganda des RIAS verbreitet und es kamen öfters fremde Personen in das Lager, welche die Republikflüchtigen versuchten zu veranlassen, nicht wieder in die DDR zurückzukehren und in Westberlin zu bleiben. Auch ich mit elf anderen Personen wurde von diesen Fremden angesprochen, als wir in die DDR zurückwollten, um uns zu veranlassen zu bleiben, aber niemand von den zwölf Mann ließ sich davon abbringen.«

#### 4. Durchführung der Maßnahmen des Ministerratsbeschlusses bei den Rückkehrern

Der größte Teil der befragten Personen brachte zum Ausdruck, dass die Behandlung der Grenzpolizei der DDR und der sowjetischen Besatzungsmacht sehr höflich und zuvorkommend sei. Behandlung und Verpflegung waren gut. Man war erstaunt, dass die Aufnahme eine so gute war.

Auch wurde im Allgemeinen die Rückgabe des Eigentums, der Höfe, Geschäfte usw. sowie [die] Eingliederung in den Arbeitsprozess schnell und zur Zufriedenheit der Rückkehrer durchgeführt. Jedoch gibt es noch Stellen, wo die Rückkehrer trotz stärkstem Bemühen ihrerseits keine Arbeit erhalten und zum Teil wird es damit begründet, »dass man sie erst einmal überprüfen muss, ob sie auch keine Spione sind«. Dies ruft unter den entsprechenden Rückkehrern starke Empörung aus, und so tragen sich manche mit den Gedanken, wieder nach Westdeutschland zurückzugehen. Briefe von schlecht behandelten Rückkehrern können sehr schlechte Folgen mit sich bringen, schon wenn es nur einzelne sind, da ein Brief von diesen geschrieben schnell im Lager die Runde macht.

Der Rückkehrer [Vorname Name 7], geb. am [Tag, Monat] 1930, wohnhaft in Wismar, Bezirk Rostock, [Straße, Nr.], sagte: »Ich wurde nach meiner Rückkehr aus Westdeutschland, obwohl ich Zweifel an der Aufrichtigkeit der Beschlüsse hegte, überall gut aufgenommen und bevorzugt abgefertigt, auch in Grevesmühlen.«

Der zurückgekehrte [Vorname Name 8], geb. am [Tag, Monat] 1890, wohnhaft: Wittenberge, Bezirk Schwerin, sagte: »Ich wurde von allen Dienststellen in der DDR und überall höflich und zuvorkommend behandelt. Ich erkläre mich bereit, über den Rundfunk und in einer öffentlichen Versammlung darüber zu sprechen, um den Menschen in Westdeutschland die Angst vor der Rückkehr zu nehmen.«

Der Rückkehrer [Name 9, Vorname], wohnhaft: Zittau, Bezirk Dresden, [Straße, Nr.] äußerte: »Ich wurde bei der VEB Jutespinnerei Olbersdorf zwecks Arbeit vorstellig. Dort wurde ich mit dem Bemerken abgewiesen, dass es erst überprüft werden müsse, ob ich nicht ein Spion sei. Ich bin seit dem 12.6.1953 zurück und habe noch keine Arbeit.«

Der Rückkehrer [Vorname Name 10], Arbeiter, wohnhaft in Sebnitz, Bezirk Dresden, [Straße, Nr.], sagte: »Mir wurde beim Zonenübertritt Arbeit von der Partei und den Besatzungsbehörden versprochen und hier in Sebnitz erhalte ich keine Arbeit. Ich erhielt in Sebnitz 40,00 DM, die schon längst aufgebraucht sind. Ich werde noch ein paar Tage warten, dann werde ich mich bei der Regierung beschweren oder ich muss wieder abwandern. Die Behörden haben mich abgekanzelt, was ich nicht erhofft hatte. Ich dachte, dass ich Arbeit oder wenigstens eine Unterstützung bekommen würde, um das Nötigste kaufen zu können.«

## Maßnahmen des Feindes

Am 21.7.1953, um 21.00 Uhr, wurden im S-Bahnzug von Blankenburg nach Ostbahnhof ca. 1 700 Hetzschriften in den Abteilen verstreut vorgefunden. Titel der Hetzschriften: »LDP. Es geht um die Ernährung«. Wie aus diesem Flugblatt zu ersehen ist, geht der Gegner von der offenen Hetze ab und versucht, in raffinierter und versteckter Form den Leser auf folgende Hauptpunkte hinzuweisen:

1. Lebensmittelhilfsaktion der USA, die selbst zur Abschaffung der Lebensmittelkarten führen könnte, wird aus Patriotismus abgelehnt.
  2. Durch Lieferungen der DDR konnte sich die SU Reserven an Lebensmitteln schaffen, auf die jetzt zurückgegriffen wird.
  3. Registrierung der Reparationen an die SU, die durch die Demontagen ihren Höhepunkt erreicht haben. Versorgung der sowjetischen Besatzungsmacht vom Planministerium der DDR mit monatlich 350 t Fleisch, 220 t Butter usw.
  4. Versorgung der nationalen Streitkräfte mit solchen Mengen, die den zehn größten Städten der DDR entsprechen.
  5. Die SU hat während des Krieges sich von amerikanischen Konservenlieferungen erhalten müssen [sic!], für die DDR wird es abgelehnt.
- In all diesen Punkten wird aufgezeigt, dass große Opfer vom Volke verlangt werden, was aber durch die politische Lage von jedem verstanden werden muss. Dieses Flugblatt soll den Anschein erwecken, als ob es im demokratischen Sektor von Berlin herausgegeben wurde. Wie zu ersehen ist, versucht der Gegner besonders auf dem Gebiet der Ernährung die Maßnahmen der DDR zu untergraben.

Am 21.7.1953, gegen 5.30 Uhr, wurden in Berlin-Mitte, Niederwallstraße 14, in einer Ruine 100 Hetzzettel gefunden. Die Hetzzettel haben die Größe DIN A6. Sie wurden vom Ostbüro der SPD<sup>4</sup> verfasst. Sie tragen die Überschrift: »Der Kampf geht weiter.« Sie fordern alle auf, Namen, Adresse und Betrieb von Toten und Verletzten sowie Verhafteten des 17.6. an das Ostbüro unter der Deckadresse: »Fritz *Globig*, Berlin-Charlottenburg 9, Postlagerkarte 186«, zu schicken. Weiterhin erhält es eine wüste Hetze gegen die Regierung und die SED.

1

Der Ministerratsbeschluss zum »Neuen Kurs« vom 11.6.1953 basierte auf einem Beschluss des SED-Politbüros vom 9.6.1953, der der SED wiederum von der sowjetischen Führung oktroyiert worden war. Im Kern ging es um die Rücknahme des seit der 2. Parteikonferenz vom Juli 1952 geltenden harten politischen Kurses des »Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus«. Einige Maßnahmen, die im Zuge dieser Politik getroffen worden waren, wurden in einem Kommuniqué ausdrücklich als »fehlerhaft« bezeichnet. Insbesondere sollten geflüchtete ehemalige Bauern und Gewerbetreibende durch das Versprechen, wieder in ihre alten Rechte eingesetzt zu werden und ihren Besitz zurückzuerhalten, veranlasst werden, in die DDR zurückzukehren. Vgl. Kommuniqué über die Sitzung des Ministerrats der DDR vom 11. Juni 1953 und entsprechende Verordnungen. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 12.6.1953, S. 1.

2

Im Original »Witzhausen«. Witzhausen liegt in Nordhessen, nahe an der innerdeutschen Grenze.

3

Kreis Pritzwalk.

4

Das Ostbüro der SPD wurde 1946 zur Unterstützung der von der Zwangsvereinigung betroffenen ostdeutschen Sozialdemokraten gegründet. Zu seinen Aufgaben gehörten Flüchtlingsbetreuung, Informationsbeschaffung und das Einschleusen von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.